

## Merkblatt für eingetragene Vereine

1. Zur Eintragung in das Vereinsregister ist von den Vorstandsmitgliedern (gemäß § 26 BGB) in vertretungsberechtigter Anzahl **anzumelden**:
  - a) jede **Änderung des im Vereinsregister eingetragenen Vorstands**; dazu gehören Neuwahlen, Ausscheiden und Funktionswechsel. Eine Abschrift des Wahlprotokolls.
  - b) **Satzungsänderungen** bzw. Satzungsneufassungen  
Das Protokoll der Mitgliederversammlung, auf der die Änderung beschlossen wurde und eine unterschriebene Fassung der Satzung sind beizufügen, § 71 Abs. 1 BGB.
2. **Form** der Anmeldung: schriftlich durch den Vorstand, wobei die Unterschriften durch einen **Notar zu beglaubigen** sind.
3. **Protokolle** sind möglichst kurz und übersichtlich zu fassen und müssen enthalten:
  - Vereinsnamen, Ort und Tag der Versammlung
  - Bezeichnung des Versammlungsleiters und des Protokollführers
  - Anzahl der erschienenen Mitglieder
  - Feststellung über die ordnungsgemäße Einberufung der Mitgliederversammlung und der Beschlussfähigkeit
  - Tagesordnung mit der Feststellung, dass diese mit der Einladung bekannt gegeben wurde
  - evtl. gestellte Anträge
  - Art der Abstimmung und deren genaues Ergebnis mit Ja- und Neinstimmen sowie Enthaltungen bzw. ungültigen Stimmen (ungenau Formulierungen, wie „fast einstimmig“ oder „mit überwiegender Mehrheit“ sind zu vermeiden).
  - Bei Vorstandswahlen sind Wohnorte und Geburtsdaten sowie ggf. das Amt, in das gewählt wurde, anzugeben. Sieht die Satzung nämlich bestimmte Funktionen vor, so ist mit der entsprechenden Funktion zu wählen, es sei denn, ein anderes Organ als die Mitgliederversammlung ist laut Satzung für die Ämterverteilung zuständig.
  - Die Protokolle sind von der/den in der Satzung dafür bestimmten Person/en bzw. vom Protokollführer zu unterschreiben.
  - Wird im Protokoll auf Anlagen Bezug genommen, müssen diese ausdrücklich als solche bezeichnet und genauso wie das Protokoll unterschrieben sein.
4. Die unter Punkt 1 erwähnten Anmeldungen haben **unverzüglich** unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen zu erfolgen. Dies kann vom Amtsgericht durch Zwangsgeld erzwungen werden.